

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 2.

Dienstag, den 7. Januar

1890.

## Erlaß

an die Ortsbehörden,

### die Einreichung der Rekrutirungs-Stammrollen betr.

Die Ortsbehörden des hiesigen amts-hauptmannschaftlichen Bezirkes werden wiederum darauf aufmerksam gemacht, daß die Militärpflichtigen durch öffentlichen Anschlag, öffentliche Bekanntmachung oder auf andere ortsübliche Weise unter Androhung der auf die Versäumniß gesetzten Strafen zur rechtzeitigen Anmeldung bei der Rekrutirungsstammrolle, welche nach § 25 1 der Wehr-Ordnung in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar erfolgen muß, aufzufordern sind.

Die Rekrutirungs-Stammrollen sind nach erfolgter Eintragung der Militärpflichtigen in alphabetischer Reihenfolge mit den Geburtslisten, Geburtscheinen, Loosungs-Scheinen und sonstigen Unterlagen bis zum

5. Februar 1890

hier einzureichen.

Ueber etwaigen Abgang und Zugang Militärpflichtiger nach erfolgter Einreichung der Stammrollen ist sofort Anzeige bez. unter Beifügung eines Stammrollen-Nachtrages anher zu erstatten.

Meißen, am 28. Dezember 1889.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
v. Kirchbach.

## Bekanntmachung,

### die Wahl von Bezirkstags-Abgeordneten aus den Höchstbesteuerten betr.

Bei der am 28. vorigen Monats erfolgten Ergänzungswahl von Bezirkstagsabgeordneten aus den Höchstbesteuerten sind die zeitherigen Herren Abgeordneten, als: Gutbesitzer **Dietrich** aus Nimtitz und **Harz** in Beicha, Rentner **Klopfer** und Stadtrath **Kurz** in Meißen, Fabrikbesitzer **Münzner** in Obergruna, und die Rittergutsbesitzer **Schröber** auf Staucha und **Oehmichen** auf Scharfenberg wieder gewählt worden.

Meißen, am 3. Januar 1890.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
v. Kirchbach.

### Tagesgeschichte.

Berlin, 2. Januar. Se. Maj. der Kaiser hat an den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck die nachstehende an der Spitze der heutigen Nummer des „Reichsanzeiger“ befindliche allerhöchste Ordre erlassen: „Zum bevorstehenden Jahreswechsel sende Ich Ihnen, lieber Fürst, Meine herzlichsten und wärmsten Glückwünsche. Voll innigen Dankes gegen Gott blicke Ich zurück auf das zu Ende gehende Jahr, in welchem es uns beschieden war, nicht nur unserem theueren Vaterlande den äußeren Frieden zu erhalten, sondern auch die Bürgschaften für Aufrechterhaltung des Friedens zu verstärken. Mit hoher Befriedigung hat es mich auch erfüllt, daß es unter der vertrauensvollen Mitwirkung der Vertretung des Reiches gelungen ist, das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung zu Stande zu bringen und dadurch einen wesentlichen Schritt auf dem Wir besonders am Herzen liegenden Gebiete der Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung vorwärts zu thun. Ich weiß sehr wohl, welche reiche Antheil an diesen Erfolgen Ihrer aufopfernden und schaffensfreudigen Thätigkeit gebührt und bitte Gott, er möge Mir in Meinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rath noch viele Jahre erhalten.“

Berlin, 2. Januar. Ein entsetzliches Verbrechen, anscheinend einen Doppelraubmord, hat die Kriminalchronik bereits im neuen Jahre zu verzeichnen. In der Havelbergerstraße Nr. 3. in Moabit ist heute Vormittag 10 Uhr die Schankwirthin Legtmeiner in ihrer Wohnung, in einer Blutlache liegend, mit mehreren Stichen am Halse als Leiche aufgefunden worden, während ihre Tochter ebenfalls todt, jedoch ohne äußerlich wahrnehmbare Verletzungen im Bett lag. Die Erhebungen von Seiten der zuständigen Behörden haben eben erst begonnen, sodas sich Näheres über das Verbrechen, welches diesem entsetzlichen Tunde zu Grunde liegen dürfte, noch nicht feststellen ließ.

Beide Häuser des preussischen Landtages sind durch Königliche Verordnung vom 30. Dezember 1889 auf den 15. Januar d. J. einberufen worden. Als besondere Vorlagen, über welche dieselben zu beraten haben werden, nennt man vorläufig ein Steuerreformgesetz und ein Gesetz über die Verwendung der Sperrgelder.

Es sind jetzt anderthalb Jahre, soehr eibt die „Nationalliberale Korrespondenz“, daß Se. Maj. Kaiser Wilhelm II. auf dem Throne sitzt, und die Welt, auch wenn man hier und da im Ausland wirklich oder erheuchelte Besorgnisse der Herrschaft des jungen Kaisers entgegenbrachte, mußte sich überzeugen, daß er die weise und besonnene Friedenspolitik, welche sein Vorgänger dem neuen deutschen Kaiserthum zur hohen Aufgabe gestellt, auch für seine Wahrung zur Richtschnur genommen hat. Die Befestigung dieser Ueberzeugung und das persönliche Auftreten unseres Kaisers haben hauptsächlich das Verdienst daran, daß die Weltlage heute ein verhältnismäßig freundliches und vertrauenerweckendes Anstiz darbietet. Und auch bei sich zu Hause hat das deutsche Volk keine gerechte Ursache, über das jetzt verlossene Jahr zu klagen. Unter dem äußeren Frieden und der Sicherheit, die ein starkes monarchisches Regiment und eine feste gesetzliche Ordnung gewähren, ist Handel und Wandel gediehen und ehrliche Arbeit hat lohnenden Erwerb gefunden. Wie sehr immer Parteien, deren Lebensbedingung in der Unzufriedenheit des Volks und deren Aufgabe demgemäß in der Aufreizung zu solcher besteht, ihre hegende, das Mißvergnügen schürende Thätigkeit entfalten mögen, sie können die Thatsache doch

nicht verdunkeln, daß es in der ganzen Welt kein Land mehr giebt, in welchem die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, die Lebens- und Erwerbsverhältnisse besser wären. In dieser Behauptung können uns auch die heftigsten Kämpfe, die gerade im verlossenen Jahre zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ausgefochten wurden, nicht irre machen. Diese Kämpfe sind keineswegs eine deutsche Eigenthümlichkeit, sie treten auch bei uns durchaus nicht mit besonderer Schärfe auf; sie herrschen in allen Kulturländern, unter allen Staatsordnungen und Gesetzgebungen als natürliche Folge der tiefen Umwälzungen, welche unser ganzes wirtschaftliches Leben in den letzten Jahrzehnten erlitten hat und noch immer leidet; sie sind das naturwüchsigste Ringen eines neuen Geschlechts nach neuen Formen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, ein Ringen, das freilich in dieser Menschenwelt niemals zu Ruhe kommen, doch aber hoffentlich mehr und mehr in den Grenzen eines geordneten, gesetzmäßigen Wettstreits sich abspielen wird. Was Staat und Gesetzgebung thun können, um die Schärfe dieser Kämpfe abzuschwächen, ist gerade in Deutschland muthig und opferwillig geschehen. Wenn irgend Etwas die sozialistisch erregten, dem Staat und der heutigen Gesellschaftsordnung entfremdeten Arbeitermassen versöhnen kann, so ist es der Versuch, dieselben von der Fürsorge des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft zu überzeugen und sie mit festen Banden realer Interessen an die Ordnung zu knüpfen. Dabei muß freilich auch die Thätigkeit der Einzelnen, der Arbeitgeber sowohl, als der Arbeiter, mitwirken, wenn die bestehenden tiefen Klassengegensätze sich mildern und ausgleichen sollen.

Würzburg. Hier sind 200 Bahnbeamte an der Influenza erkrankt. In der freien Schweiz ist man im Begriff, die von den begeisterten Anhängern dieser kleinen Republik so arg verlästerte deutsche soziale Gesetzgebung sich zum Vorbild zu nehmen. Nach einem Antrag des Bundesrathes soll dem Art. 34 der Verfassung folgender Zusatz gegeben werden: „Der Bund ist befugt, im Wege der Gesetzgebung die obligatorische Unfallversicherung einzurichten. Er ist im Weiteren befugt, über die Krankenversicherungen gesetzliche Bestimmungen zu treffen und für jänmliche Lohnarbeiter den Beitritt zu einem Krankenkassenverband zu erklären.“

Zürich, 2. Januar. Gestern Abend 10 Uhr brach im Foyer des Theaters Feuers aus, durch welches das ganze Gebäude zerstört wurde; vom Publikum ist Niemand verunglückt, von den Dekorationen nichts gerettet. Das anstoßende Staatsarchiv und das Regierungsgebäude blieben unversehrt. Das Feuer entstand im Foyer durch die Unvorsichtigkeit zweier Mägde. Als der Regisseur auf der Bühne davon unterrichtet wurde, erklärte derselbe sofort dem Publikum, die Vorstellung könne nicht zu Ende geführt werden wegen Erkrankung eines Schauspielers. Der Zuschauerraum leerte sich in Folge dessen ganz ruhig, während bereits die hellen Flammen emporstiegen.

In Oesterreich finden zur Zeit wieder einmal Ausgleichsveruche zwischen den deutschen und den tschechischen Abgeordneten des böhmischen Landtages statt, die diesmal aus dem Grunde besonderes Interesse beanspruchen dürfen, weil der Ministerpräsident Graf Taaffe, wie es heißt auf besonderen Wunsch des Kaisers, die Verhandlungen leidet. Bekanntlich sind die deutschen Abgeordneten, weil man ihren Forderungen nicht das geringste Entgegenkommen zeigte, vor nunmehr drei Jahren aus dem Landtage ausgeschlossen und konnten, nach Ungiltigkeitserklärung ihrer Man-